

AUSGABE 12/2021

EINBLICK

**REUTE: BRANDENBURG
KÖNNTE ALS GUTES
BEISPIEL VORANGEHEN**

**ENERGIEARMUT
VERHINDERN**

**ASYLPARADIES
DEUTSCHLAND
SCHLIESSEN**

**NEIN ZUR EPIDEMISCHEN
NOTLAGE – FREIHEIT
STATT IMPFPFLICHT!**



BIRGIT BESSIN



BRANDENBURG KÖNNTE BEI RENTE ALS GUTES BEISPIEL VORANGEHEN:

Die Landtagsabgeordneten sollen endlich in die gesetzliche Rentenversicherung statt in das Versorgungswerk einzahlen!

Der Generationenvertrag funktioniert nicht mehr. Es ist zwar kein Vertrag im rechtlichen Sinne, aber eine Art Solidarvertrag zwischen den Generationen, zwischen der beitragszahlenden und der rentenbeziehenden Generation. Die sozialversicherungspflichtig arbeitende Generation erwartet, dass auch ihre Rente durch Beitragszahlungen der nachfolgenden Generationen gedeckt sein wird.

Generationenvertrag

Nun wissen wir aber alle, dass sich in den letzten Jahren und Jahrzehnten die Gesellschaftspyramide in Deutschland deutlich geändert hat. Das demografische Ungleichgewicht sollte keinem mehr fremd sein. Die steigende Alter der Gesellschaft macht Renten immer schwieriger finanzierbar und genau hierfür

muss eine Lösung gefunden werden. Wir müssen einen Weg finden, wie einerseits Renten auch zukünftig auskömmlich sind und die Lebensleistung aller angemessen honoriert wird, aber andererseits die Belastung für die Beitragszahler nicht ins Unerträgliche steigt.

Die Herausforderung, welche wir hier zu lösen haben, könnte größer kaum sein. Und vielleicht hat sie deshalb bislang keiner von CDU, SPD, Grünen oder Linken angepackt.

Ausgangssituation

Vorab einmal die Fakten: 2018 gab es bundesweit 55 Millionen Beitragszahler, während auf der Passivseite, als Leistungsempfänger, 21 Millionen Rentner dem gegenüberstanden. 4,1 Millionen Menschen bezogen hiervon sogar mehrfache staatliche Renten, was zusammen also 25 Millionen Rentenleistungsfälle entsprach.

Während das Verhältnis von Beitragszahlern zu Altersrentnern im Jahr 1962 noch bei 6 zu 1 lag, schrumpfte dieses Verhältnis bis ins Jahr 2017 auf nur noch 2,1 zu 1.

Die Zahl der Leistungsfälle stieg seit dem Jahr 1990 um 60 Prozent – und dies wohlbermerkt bei einer etwa gleich großen Gesamtbevölkerung.

Gleichzeitig verschärfte eine glücklich längere Lebenserwartung die Situation zusätzlich: so hat sich die durchschnittliche Dauer der Rentenleistungszeit über die Jahrzehnte immer weiter erhöht.

Zudem hat sich die durchschnittliche Dauer der Rentenleistungszeit über die Jahrzehnte stetig erhöht, insbesondere deswegen, weil sich die durchschnittliche Lebenszeit der Rentner beiderlei Geschlechts stetig erhöht hat. Sie stieg von rund 70 Jahren in den 1960er Jahren auf heute rund 80 Jahre an. Demgegenüber hat sich das faktische Renteneintrittsalter seit den 1960er Jahren lediglich von rund 60 auf 64 Jahre erhöht. Beides zusammengenommen führt zu einer Verlängerung der Rentenleistungsdauer von zehn Jahren im Jahr 1966 auf 20 Jahre im Jahr 2018.

All diese Probleme werden sich auf Dauer noch weiter potenzieren.



Das scheint auch unserer Bundesregierung durchaus klar zu sein – trotz dessen erfolgt kein sinnvolles Handeln.



In der Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Linksfraktion aus diesem Sommer können wir lesen, dass die Bundesregierung nämlich offiziell ein Rentenniveau von 47,9% im Jahr 2030 prognostiziert – unterwirft sich jedoch auch der Regelung, dass sie Stabilisierungsmaßnahmen vorschlagen muss, sollte der Wert bis zu diesem Zeitpunkt unter 43% sinken.

Die Gefahren sind also durchaus bekannt. Sinnvolle Lösungsvorschläge sind jedoch Fehlanzeige.

Vorschläge, man solle länger arbeiten, gehören nicht zu den sinnvollen Alternativen. Dies ist für viele Menschen und etliche Berufsgruppen eine untragbare und unmögliche Forderung und eine unrealisierbare Zumutung. Und auch die einstige Losung Norbert Blüms „Denn eins ist sicher: Die Rente“ ist seit längerem bereits Grundlage für spöttisch-ironische Kommentare. Dieser Ausspruch ist so gut wie jedem Deutschen bekannt – selbst Unpolitischen. So sorgte sich der ehemalige Bundesarbeitsminister bereits vor Jahren um die Rente. Denn wenn das Rentenniveau erst abgesunken ist in die Nähe der Sozialhilfe, dann bringt das die Rentenversicherung um ihre soziale Sicherungsfunktion.

Problemlösung:

Das zugrundeliegende Problem sind die extrem niedrigen Geburtenraten, die in Deutschland seit Jahren herrschen. Bekommen wir nicht wieder mehr Kinder, wird es immer unmöglicher die Generationengerechtigkeit aufrechtzuerhalten. Wir als AfD sind deshalb davon überzeugt, mit unserer familien- und kinderfördernden Ausrichtung sowohl in der Rentenpolitik als auch auf anderen Politikfeldern, den einzigen Weg aufzeigen, der hier wirklich die Wurzel des Übels bekämpfen könnte.

Daher ist es in erster Linie so wichtig, aktive Familienpolitik zu betreiben, damit gerade junge Menschen positiv und zuversichtlich auf das Familiensein



und eine Familiengründung blicken können, mit entsprechenden Anreizen und Investitionen sowohl in die Infrastruktur, als auch familienunterstützende Maßnahmen was Ausbildung, Arbeitsplatz und Familie selbst bedeuten (Familiengründungskredit, kostenlose Kita-Plätze, ausreichende Infrastruktur vor Ort, Haushaltstag für in Vollzeit berufstätige Eltern,...)

Für eine entsprechende Familienpolitik setzen wir uns bereits mit sehr vielen guten Maßnahmen politisch ein. Aber wir können als Landtagsabgeordnete auch selbst einen ersten Schritt gehen: Ja, der Regelungsbedarf besteht in erster Linie auf Bundesebene. Aber auch wir selbst können hier in Brandenburg mit Veränderung anfangen. Brandenburg könnte – wie so oft schon bei anderen Themen versucht Spitzenreiter zu sein, oder voranzuschreiten – auch mit einem ersten Schritt hin zu einem Zeichen der Veränderung beim Thema Rentenreform vorangehen. Nämlich mit der Änderung, dass die Landtagsabgeordneten nicht mehr in das Versorgungswerk einzahlen, sondern genau wie die Mehrzahl der arbeitenden Bevölkerung in die gesetzliche Rentenversicherung.

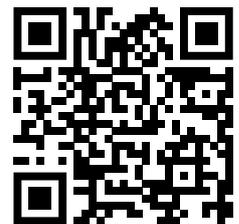
Dass genau dies ein richtiger und überfälliger Schritt ist, haben bereits im Sommer diesen Jahres einige Bundestagsabgeordnete anderer Bundestagsfraktionen gezeigt, indem sie sich selbst für eine Reform

der Berentung der Bundestagsabgeordneten auf Bundesebene ausgesprochen haben: So forderten selbst dort einige Vertreter von SPD, FDP und Grüne, dass auch Bundestagsabgeordnete in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen sollen.

Leider waren die Parteipolitiker auf Landesebene nicht gewillt, mit einer solchen Reform in Brandenburg als gutes und erstes Beispiel voranzuschreiten. So wurde unsere Reform am Donnerstag, den 18. November 2021 im Landtag Brandenburg abgelehnt.

Die komplette Debatte und die Äußerungen der Vertreter der Fraktionen von SPD, Linke und Freie Wähler können Sie hier nachverfolgen. CDU, Grüne und die Landesregierung selbst verzichteten auf eigene Redebeiträge.

https://www.rbb-online.de/imparlament/brandenburg/2021/18--november-2021/18__november_2021_-_55__Sitzung_des_Brandenburger_Landtags1.html



Antrag
der AfD-Fraktion

Rentenreform endlich anstoßen - Einzahlung der Abgeordneten in die gesetzliche Rentenversicherung statt in das Versorgungswerk

Nordrhein-Westfalen hat mit dem Beginn der 14. Wahlperiode für seine Abgeordneten einen Systemwechsel in der Versorgung vollzogen. Statt eines vormals staatlich finanzierten Versorgungssystems ohne eigene Beitragsleistung der Abgeordneten zahlten diese nun für ihre Altersversorgung selbst Beiträge in ein eigens dafür gegründetes Versorgungswerk ein. Mit Beginn der 6. Wahlperiode des Landtages Brandenburg sind auch dessen Abgeordnete Mitglieder des Versorgungswerks. Ab dem 1. Dezember 2019 wurde das Versorgungswerk durch den Landtag von Baden-Württemberg erweitert. Seither trägt es den Namen „Versorgungswerk der Mitglieder der Landtage von Nordrhein-Westfalen, Brandenburg und Baden-Württemberg“. Für die Abgeordneten besteht also ein besonderes System der Altersvorsorge.

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. dem Landtag bis zur nächsten Plenarsitzung einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die juristische Grundlage dafür schafft, dass neue Mitglieder des Landtages Brandenburg zukünftig zur Altersvorsorge nicht mehr in das Versorgungswerk der Mitglieder der Landtage von Nordrhein-Westfalen, Brandenburg und Baden-Württemberg, sondern stattdessen unter gleichen Konditionen wie andere Arbeitnehmer in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen.
2. dem Landtag bis zur Mitte des nächsten Jahres einen Gesetzentwurf im Sinne des ersten Forderungspunktes dieses Antrages vorzulegen, der die juristische Grundlage schafft, die bisherigen Zahlungen zur Altersvorsorge von Mitgliedern des Landtages Brandenburg an das Versorgungswerk der Mitglieder der Landtage von Nordrhein-Westfalen, Brandenburg und Baden-Württemberg in Ansprüche bei der gesetzlichen Rentenversicherung zu überführen.

Die Landtagspräsidentin wird ermächtigt und aufgefordert, mit den Landtagen von Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg in Verbindung zu treten und alle für die Umsetzung der Forderungen dieses Antrages notwendigen Schritte zu unternehmen.

Eingegangen: 09.11.2021 / Ausgegeben: 09.11.2021

**DIESEN UND WEITERE ANTRÄGE
FINDET IHR AUCH ONLINE:**

https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/parladoku/w7/drs/ab_4400/4489.pdf





ENERGIEARMUT VERHINDERN – ENERGIEPOLITIK IN DEUTSCHLAND ENDLICH NEU DENKEN

Leben wir in einem Land, in einem Deutschland, in dem man zu Weihnachten gut und gerne frieren muss?

Manch einer wird sich dieses Jahr vielleicht dicke Socken, Decken oder Strickjacken wünschen. Denn manch einer wird nach der Ankündigung der erneuten Preissteigerung sehr viel sensibler noch mit der Stromnutzung umgehen. Denn Deutschland ist leider Weltmeister der teuren Stromkosten. Laut dem Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft entfällt derzeit die Hälfte des Strompreises auf Steuern und Abgaben.

Die Linke hatte einen Antrag eingereicht, mit dem sie die Grundbedürfnisse der Brandenburger im Energiesektor sicherstellen möchte. Hört sich gut an... . Tatsächlich liegt der Linken doch aber gar nichts an der Sicherstellung dieser Grundbedürfnisse.

Meine Rede in der November-Plenarsitzung als Erwiderung auf die Linke:

Wollen Sie sicheren und bezahlbaren Strom? Dann sorgen Sie für Zubau der verfügbaren, grundlastfähigen Strommenge!

Die Linke aber trägt unverhohlen die Politik der anderen Parteien, eines grünen Stroms, mit. Daher wird dieser Antrag keine Grundbedürfnisse sichern, sondern soll sie planwirtschaftlich bezahlbar halten. Und das ist ein Unterschied.

Gerade die Linke und die anderen Parteien verhindern bezahlbaren Strom, bezahlbares Benzin und bezahlbare Heizkosten. Das ist ihr Politikansatz, um den Bürger zu erziehen.

Bekämpfen Sie diese deutlich und verhindern Sie gemeinsam mit der Alternative für Deutschland kostentreibende Phantasieprojekte! Die Linke schreibt, dass die Menschen, Zuschüsse für Spritkosten brauchen. Senken Sie mit der Alternative für Deutschland die durch nichts zu rechtfertigenden Steuern und erhalten Sie die Pendlerpauschale!

Die Linke will auch Stromkosten bezahlbar halten? Dann sichern Sie durch den Zubau grundlastfähiger

Energie wie Kernenergie und auch Kohle für die nächsten Jahre ab, gemeinsam mit der Alternative für Deutschland, dass die Strompreise wieder sinken.



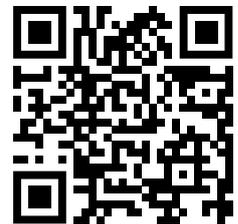
und von Deutschland nach Europa! Nur, dass kein Europäer etwas davon hat, wenn Teile des Volkes frieren müssen.

Der Antrag der Linken bescheinigt letztlich die unsoziale Politik der scheidenden Bundesregierung im Energiebereich. Die Lösungsvorschläge der furchtbaren Misere sind abzulehnen. Der Vorschlag zur Bildung eines Netzwerkes Energiearmut Brandenburg ist ein Offenbarungseid. Ihr Verweis auf Frankreich oder Spanien ein Stück aus dem Tollhaus.

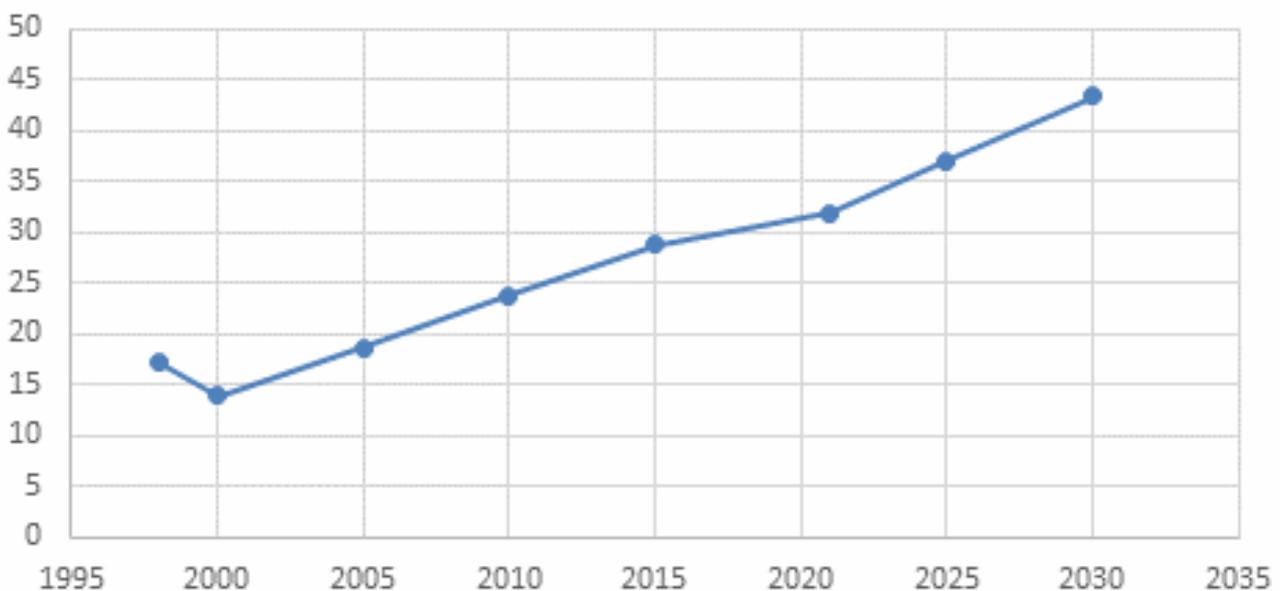
Schauen wir in andere Länder und deren Ideen: Tschechien befürwortet die Senkung der Mehrwertsteuer für Strom und Gas auf Null... .

Die Energiepolitik muss vollkommen neu gedacht werden. Sie wollen die Übernahme des CO₂-Preises, den sie und ihresgleichen in die Welt gesetzt haben. Das ist schlicht Verbrauchertäuschung. Das ist das Verschleiern einer gegen den Bürger und Verbraucher gerichteten Umverteilungspolitik von unten nach oben

<https://www.youtube.com/watch?v=Sz5HGbwXg0s>
Sz5HGbwXg0s



Strompreisentwicklung in Ct/kWh
1998 (17,11 Ct) bis 2021 (31,89 Ct)





ASYLPARADIES DEUTSCHLAND SCHLIESSEN!

Die Zahl derjenigen, die in Brandenburg ausreisepflichtig sind, lag im Sommer bei etwa 10.000.

2020 haben 634 ausreisepflichtige Ausländer Brandenburg verlassen. Davon wurden 239 abgeschoben, 395 reisten „freiwillig“ aus, teils mit erheblichen finanziellen Anreizen. Darunter abgelehnte Asylbewerber, die keinen Asylgrund nachweisen konnten und illegal eingereiste Migranten.

Würde CDU – Innenminister Stübgen in dem Tempo weiter abschieben, würde es beachtliche 15 Jahre dauern, bis alle Ausreisepflichtigen ihrer Ausreisepflicht nachgekommen wären.

Aber gerade die letzten Monaten mit der starken Zunahme der illegalen Migration über die Route Belarus-Polen-Deutschland hat noch einmal mehr ganz deutlich gezeigt, dass unser derzeitiges Asylsystem absolut dysfunktional ist.

Der Hauptgrund, warum so viele Menschen den Weg nach Deutschland suchen, vor allem illegal nach Deutschland kommen, sind die finanziellen Fehlanreize, die Sicherheit vor mangelnden Abschiebungen, die soziale Absicherung für sich und die Familie.

Die Ankunft und die soziale Versorgung im Paradies Deutschland ist gesichert!

Die Sofort- und Lebensrente gibt es ganz ohne Lotto und Glücksspirale. Und deshalb müssen Migranten an der Grenze abgewiesen werden!

Denn ein schwacher Staat führt sonst unweigerlich zu mehr illegaler Migration und einem Aufleben der Schleuserkriminalität, die mit dem Leben anderer spielen und sich damit bereichern. Dem muss endlich Einhalt geboten werden!





Die alt eingesessene Bevölkerung darf nicht zu einer Minderheit im eigenen Land werden –was ja das Ziel dieser neuen Politik zu sein scheint, nämlich in deren Augen das ungeliebte Deutschland noch etwas weniger deutsch werden zu lassen.

Wir werden uns weiterhin für den Erhalt unserer Traditionen und Kultur einsetzen!

Und wie steht es noch über dem Reichstag geschrieben: Dem Deutschen Volke! Diese Aufgabe werden wir immer wieder unterstützen!

Die Grünen sind nun Regierungsteil. Ein Habeck, der mit Deutschland und Vaterland noch nie was anfangen konnte. Die neue Vorsitzende der Grünen findet die weiße Gesellschaft geradezu eklig. Und eine Kobold-Ministerin die nun im Ausland für Ordnung sorgen will...

Das einstige Land der Dichter und Denker... Bereits jetzt wird Deutschland von vielen aus dem Ausland ausgelacht...

Anders als die Deutsche Regierung haben es die Polen gezeigt, dass die Verteidigung der eigenen Grenze möglich ist:

An der Grenze von Belarus zu Polen gab es mehrfache Übergriffe von sog. Migranten auf polnische Grenzschrützer, Sicherheitskräfte wurden nicht nur bedroht, sondern auch angegriffen.

Grenzzäune wurden beschädigt, junge aggressive Männer warfen Steine, setzten Stangen und

Baumstämme ein, laut FAZ offenbar auch Rauchgranaten. Polizisten wurden verletzt, manche kamen ins Krankenhaus. Etliche Grenzdurchbrecher wurden wieder zurückgeführt schreibt der Focus.

**Und deshalb sagen wir:
DANKE POLEN!**

Aber es wird Zeit, dass sich Deutschland daran ein Beispiel nimmt! Dass Deutschland selbst seine Außengrenze verteidigt.

Und auch G20 zeigt, dass es geht:

Wir brauchen und wir fordern endlich einen umfassenden *Schutz für das gesamte Volk! Für jeden einzelnen! Schützt endlich auch unsere Außengrenze!*

Wir sagen JA zum Vaterland!

Und deshalb beschützen wir unser Vaterland!

Die globalen Probleme der Welt können nun einmal nicht durch Migration gelöst werden, weder ökonomisch, noch sozial- und integrationspolitisch.

Und deshalb werden wir nicht zulassen, dass unser Volk, dass unser Land entfremdet und entmachtet wird und unsere Kinder in Schuldknechtschaft geführt werden!

GEGEN IMPFZWANG!

Gemeinsam für unsere Freiheit!
Wir lassen uns nicht spalten!



NEIN ZUR EPIDEMISCHEN NOTLAGE – FREIHEIT STATT IMPFPFLICHT!

Der Titel der Sondersitzung des Landtag Brandenburg vom 13.12.2021, beantragt durch die Landesregierung, beginnt mit “Feststellung der konkreten Gefahr der epidemischen Ausbreitung der Coronavirus-Krankheit 2019” - und das am Jahresende 2021. Allein das zeigt doch bereits, dass sowohl Bundes- als auch Landespolitik zu Corona gescheitert sind! Die Landesregierung will das Vorliegen einer epidemischen Notlage für Brandenburg feststellen lassen, nachdem sie erst wenige Tage zuvor auf Bundesebene beendet wurde...

Schauen wir uns einmal die Fakten an:

Im Lagebild vom 9.12.2021 wird von ~49.200 Infizierten gesprochen. Wenn wir im Gesundheitsausschuss die Gesundheitsministerin fragen, wie viele von diesen Infizierten denn tatsächlich krank sind, kann sie uns keine Antwort geben. Niemand in dieser Regierung weiß, wie viele von den 49.200 Infizierten tatsächlich krank sind.

Ebenfalls am 9.12. im täglichen Lagebild : Die 741 betreibbaren Intensiv-Betten werden wie folgt verteilen: 448 Nicht-Covid-Patienten auf der IST (Intensivstation), 148 Covid-Patienten auf der ITS beatmet, 42 Covid-Patienten auf der ITS – nicht beatmet, 103 sind aktuell frei, 291 wäre die Notfallreserve, die aber aus Personalmangel nicht so einfach betrieben werden kann. Wenn wir im Gesundheitsausschuss die Gesundheitsministerin fragen, wie viele von diesen Corona-Patienten geimpft sind, vollständig oder auch nur einmal, dann kann sie

uns darüber seit Wochen keine Antwort geben. Sie weiss es nicht. Auch eine wirkliche Immunisierungsrate der Bevölkerung kennt die Regierung nicht.



Und trotz all dieser Unkenntnis sollen die Corona-Maßnahmen nun erneut verschärft werden. Solange die Regierung nicht in der Lage oder gewillt ist, solch grundlegenden Fragen zur Pandemie zu beantworten, bleibt jede Erklärung einer Notlage die reine Willkür.

Und damit kommen wir von den Fakten zum Politischen. Ministerpräsident Woidke hat coronakritische Versammlungen angesprochen und in seiner Rede Teilnehmer pauschal diffamiert:

https://www.rbb-online.de/imparlament/brandenburg/2021/13--dezember/13__dezember_2021_-_57__Sitzung_des_Brandenburger_Landtags1/dietmar-woidke--spd--top1.html



Aber ich sage Ihnen mal, wo ich die Radikalen, gefährlichen "Demonstranten" sehe: Antifa, schwarzer Block, G20-Gipfel auf dem Kriminelle Steine auf unsere Polizisten geworfen haben und unsere Ordnungshüter körperlich verletzt. Das habe ich bislang auf keiner Anti-Corona-Demo gesehen! Ich war auf vielen Versammlungen in den letzten Wochen, von unserer AfD organisiert, aber auch unparteiischen Versammlungen, um die Menschen kennenzulernen, mit ihnen ins Gespräch zu kommen.

Und bei welchem Spaziergang oder bei welcher Demonstration waren der Ministerpräsident dabei, um die Teilnehmer beurteilen zu können?

Ich habe mit Menschen auf den Versammlungen gesprochen:

Ein älterer alleinstehender Herr, hatte Angst vor der Impfung, hat sich impfen lassen, da seine Familie ihn sonst an Weihnachten alleine gelassen hätte. Er hat nach der ersten Impfung eine Hirnblutung bekommen und ist jetzt noch ängstlicher als zuvor. Und er wird sich nicht noch einmal impfen lassen. Denn er hat Menschen kennengelernt, die ihn in ihre soziale Gemeinschaft aufgenommen haben, wenn seine Familie ihn verstößt. Ich habe eine Frau kennengelernt, die sich vor knapp 6 Monaten hat impfen lassen, weil sie und ihre Familie in Urlaub fahren wollten und mittlerweile seit Monaten wegen einer Herzerkrankung in Behandlung ist. Eine Frau, die ganz genau vor der Impfung einen kompletten Gesundheitscheck hat machen lassen, der nichts aufwies. Und man findet bei diesen Spaziergängen und Demonstrationen auch Allgemeinmediziner, Chirurgen, Pfleger, Krankenhausmitarbeiter, die aus ihrem täglichen Corona-Leben sprechen.

Hier entsteht eine neue Gemeinschaft: Ein soziales Miteinander, Menschen die sich gegenseitig unterstützen, Geimpfte, Ungeimpfte und Genesene, die weder diesen Druck und Zwang, noch diese entmenschlichte Corona-Politik gut finden.

Eine Spaltung der Gesellschaft haben vor zwei Wochen all diejenigen im Bundestag befeuert, die für eine teilweise Impfpflicht gestimmt haben. Man ist nicht egoistisch oder unsolidarisch, wenn man sich nicht impfen lassen möchte. Man hat nicht die Pflicht, sich impfen zu lassen. Sondern es muss eine freie Entscheidung jedes einzelnen sein, und zwar ohne jegliche Impfnötigung, die bereits seit Monaten in ganz Deutschland vorherrscht, ob man sich selbst impfen

lassen möchte oder nicht.

Das Leben in einem einst freien Rechtsstaat entwickelt sich unter dieser Corona-Politik stückchenweise hin zu einem totalitären Regime. Freiheitsrechte und Rechtsstaatlichkeit werden mit Füßen getreten. Das sind düstere Aussichten für einen freiheitlichen Rechtsstaat und schüren ein Bild von diktatorischen Maßnahmen. Auf der einen Seite sind Menschen gefangen in ihrer Angst, auf der anderen Seite werden Menschen anderer Meinung in einem Rechtsstaat diffamiert, gespalten und ausgeschlossen. Und der Staat ist gefangen in seinen Corona-Irrweg, aus dem er sich nicht selbst befreien kann, weil eine an ihrem Sessel und Dienstwagen klebende Regierung nicht zugeben kann, dass sie sich mit ihrer Corona-Politik in eine Sackgasse manövriert hat, und das Volk darunter leiden lässt: die einen leiden mit Angst vor der erzeugten Corona-Hysterie, die anderen leiden unter Freiheitsentzug.

Wir wissen es mittlerweile alle:

Die sogenannten Corona-Schutzimpfungen schließen weder eine Infektion mit SarsCoV2 noch eine Covid19-Erkrankung aus.

Land Brandenburg			
Infektionsgeschehen	9. Dez	Änderung zum Vorlag	Änderung zur Vorwoche
Infektionen	200.190	+2.636	+17.603
aktuell infizierte	~49.200	~+200	~+5.800
Todesfälle	4.280	+13	+118
Letalität	2,1%		

Die „angebotenen“ Corona-Schutzimpfungen erzeugen keine sogenannte sterile Immunität, bei der die immunisierte Person kein Träger und Ausscheider des Krankheitserregers ist. Geimpfte Personen können sich mit Sars-CoV-2 infizieren, an Covid 19 erkranken und leider auch versterben, und auch sie können andere Personen mit Sars-CoV-2 anstecken.

Der Impfstoff schützt also nicht wie anfangs versprochen.

Pandemie der Ungeimpften?

Nein, das sehe ich nicht so. Die Regierung hat trotz jahrelanger Kenntnis schon lange vor Corona des Pflagenotstandes sich nicht ausreichend dafür eingesetzt,

dass die Bedingungen im Pflege-, Krankenhaus- und Gesundheitsbereich ausreichend verbessert wurde. Viele Arbeitskräfte sind abgewandert. Viele Betten, über 4000 in ganz Deutschland, wurden in den Krankenhäusern reduziert. Und in den vergangenen 2 Corona-Jahren hat sich hier nichts ausreichend verbessert!

Es ist das Versagen der Bundes- und Landesregierungen! Sie hätten lange genug Zeit gehabt, das Gesundheitssystem soweit zu stärken, um mit etwaigen Belastungsspitzen fertig zu werden. Bereits viele Jahre vor Corona wurde auf die angespannte Situation im Pflegebereich aufmerksam gemacht – allerdings nicht ausreichend reagiert. Das Ergebnis jetzt hat Politik sich also selbst zuzuschreiben. Wir können froh sein, dass immer noch so viele Menschen im Gesundheitsbereich unter diesen schon seit Jahren vorherrschenden Bedingungen tagtäglich ihr Bestes geben – für die Patienten!

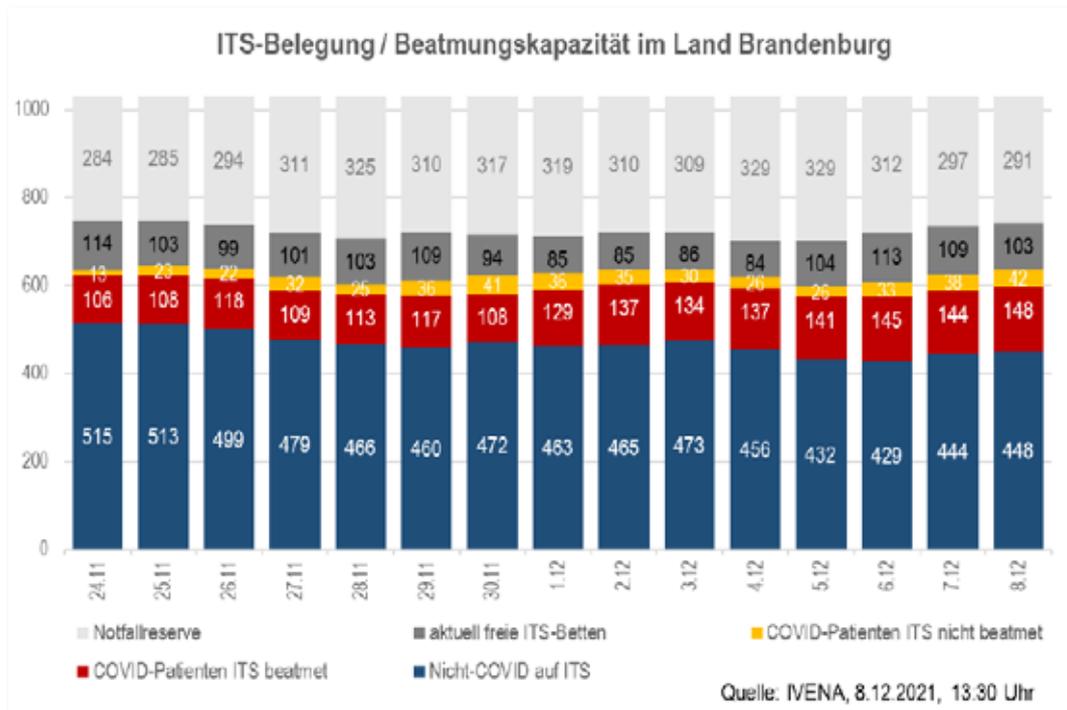
Österreich ist zum europäischen Versuchslabor geworden – lassen wir das für Deutschland nicht zu!

Die "vierte Welle" darf nicht zur Kündigungswelle der Pfleger und des medizinischen Personals werden.



Wir werden uns von dieser Regierung nicht einschüchtern lassen. Wir lassen uns weder vereinzeln noch sozial ausgrenzen. Wir werden uns hier im Parlament immer weiter für unsere Position artikulieren, und auf der Straße aufstehen – für Freiheit und Demokratie! Denn wir sind alle Menschen, egal ob Geimpft, Genesen oder Ungeimpft.

Und noch viel wichtiger: wir sind alle ein Volk!



WWW.GEGEN-IMPFPFLICHT.INFO

FOLGT UNS AUF TELEGRAM!

EINE INITIATIVE DER AFD BRANDENBURG

Freiheit!
GEGEN IMPFPFLICHT
statt Spaltung!

GEGEN IMPFPFLICHT 

t.me/GegenImpfpflichtINFO

FRANKFURT/ ODER

Freiheit verteidigen. >>>

NEIN ZUR IMPFPFLICHT!



AfD Landesverband
Brandenburg

NEIN!

... zur illegalen Migration!
... zur Corona-Impfpflicht!

DEMONSTRATION

mit Spaziergang ab Brunnenplatz
zur Stadtbrücke Frankfurt (Oder)

mit Leif-Erik Holm, Oliver Kirchner, Mario Kumpf,
Hans-Thomas Tillschneider, Birgit Bessin,
Daniel Freiherr von Lützow und Wilko Möller

05.12.2021

14.00 Uhr

FRANKFURT
(ODER)

Landesverband
Brandenburg **AfD**

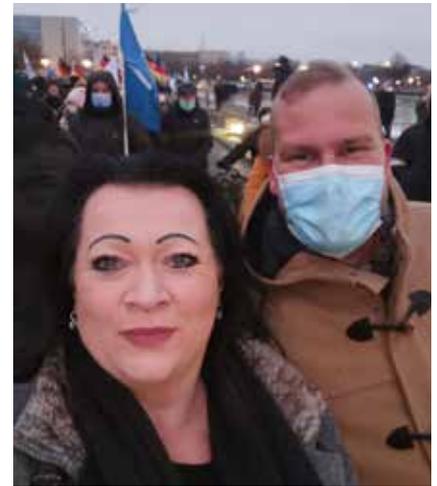




KUNDGEBUNG IN ZOSSEN



KUNDGEBUNG UNSERER JUNGEN ALTERNATIVE IN BERLIN



KUNDGEBUNG IN POTSDAM



GEGEN IMPFZWANG!

10.12.2021 | 18.00 UHR
ALTER MARKT | POTSDAM
(VOR DEM LANDTAG)

AfD Brandenburg

Freiheit!
GEGEN IMPFPFLICHT
statt Spaltung!

A large graphic banner for a protest. The top part features the slogan "GEGEN IMPFZWANG!" in white, bold, sans-serif font against a red, brush-stroke-like background. Below this, the date and time "10.12.2021 | 18.00 UHR" and the location "ALTER MARKT | POTSDAM (VOR DEM LANDTAG)" are listed in white. The AfD Brandenburg logo is visible in the bottom right. A circular graphic on the right contains the text "Freiheit! GEGEN IMPFPFLICHT statt Spaltung!" with "GEGEN IMPFPFLICHT" in a red banner.

AUCH ELSTERWERDA STEHT AUF!



**KUNDGEBUNG IN
ELSTERWERDA**
GEGEN DEN CORONA-WAHSINN UND
DIE SPALTUNG DER GESELLSCHAFT

DONNERSTAG
9. DEZEMBER
18:00 UHR
MARKTPLATZ ELSTERWERDA



Deutschland. **Aber normal.** **Afd**





**UND AUCH SCHON ENDE NOVEMBER
STAND COTTBUS ERSTMAL DEUTLICH GE-
GEN EINE DROHENDE IMPFPFLICHT AUF**









FROHE WEIHNACHTEN

Ich wünsche Ihnen und Ihrer Familie besinnliche Weihnachtsfeiertage.
Genießen Sie die Weihnachtszeit und schöpfen Sie im Kreise Ihrer Liebsten neue Kraft für ein weiteres aufregendes neues Jahr! 2022 werden wir weiterhin gemeinsam den politischen Druck und den friedlichen Widerstand auf der Straße erhöhen! Für eine freiheitsliebende Gesellschaft und ein Volk, dass sich nicht spalten lässt.

Ihre Birgit Bessin

 [birgitbessin](https://www.facebook.com/birgitbessin)

 [@BirgitBessin](https://twitter.com/BirgitBessin)

 t.me/BirgitBessin

 [bessin_birgit_afd](https://www.instagram.com/bessin_birgit_afd)

 [BirgitBessinAfD](https://www.youtube.com/BirgitBessinAfD)